




Hendricks: Bund stärkt Investitionen in Klimaschutz und bezahlbares Wohnen

Hendricks: Bund stärkt Investitionen in Klimaschutz und bezahlbares Wohnen
Ab 2016 werden die Investitionen in Klimaschutz und Stadtentwicklung deutlich verstärkt. Der Bundesrat billigte heute den Nachtragshaushalt 2015, der auch die Verteilung des Zukunftsinvestitionsprogramms für die Jahre 2016 bis 2018 enthält. Von den darin veranschlagten 7 Milliarden Euro entfallen 859 Millionen Euro auf das BMUB.
Bundesministerin Barbara Hendricks: "Investitionen in Klimaschutz und Stadtentwicklung sind eine gute Zukunftsvorsorge für unsere Gesellschaft. Darum bin ich froh, dass wir mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm die nötigen Mittel zur Verfügung haben. Mit diesen Fördermitteln werden wir ein Vielfaches an Investitionen auslösen - und damit auch wichtige wirtschaftliche Impulse geben. Das zahlt sich für die Gesellschaft aus."
Zusätzlich zum BMUB-Haushalt sind im Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung für die kommenden drei Jahre insgesamt 450 Millionen Euro für die Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 vorgesehen. Konkret geht es dabei vor allem darum, Kommunen bei Investitionen in Klimaschutzprojekte zu unterstützen. Auch die Förderung von Klimaschutz in Unternehmen, Mittelstand und Handwerk wird ausgebaut.
Der zweite Schwerpunkt sind Investitionen in Stadtentwicklung und bezahlbares Wohnen. Damit werden zum einen bestehende Programme wie "Altersgerecht Umbauen" oder "Nationale Maßnahmen des Städtebaus" ergänzt und aufgestockt. Zum anderen können wichtige neue Programme aufgelegt werden.
Das neue Programm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" wird mit 140 Millionen Euro ausgestattet. Es soll dabei helfen, den hohen Sanierungsstau in diesen kommunalen Einrichtungen aufzulösen - und dient so sozialem Miteinander und Klimaschutz zugleich.
Das neue Modellvorhaben zum nachhaltigen Wohnen für Studierende und Auszubildende wird mit 120 Millionen Euro ausgestattet. Damit will der Bund einen Beitrag leisten, die teils dramatische Wohnungsnot von Studierenden und Auszubildenden in Ballungsräumen zu mildern. Gefördert werden sollen Pilotprojekte, die Neues ausprobieren - etwa durch flexible Nutzungsmöglichkeiten, ein generationenübergreifendes Konzept oder einen besonders geringen Flächenverbrauch.
Neu beschlossen wurde mit dem Nachtragshaushalt auch ein Investitionszuschussprogramm "Kriminalprävention durch Einbruchssicherung". Hierfür werden bis 2017 insgesamt 30 Millionen Euro veranschlagt. Damit wird ein wichtiges Signal zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität gesetzt. Gefördert werden sollen auch kleinere Maßnahmen, von denen nicht zuletzt Mieterinnen und Mieter profitieren.
Eine Grafik zum Thema finden Sie unter: www.bmub.bund.de/N51961.
Kontakt: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.